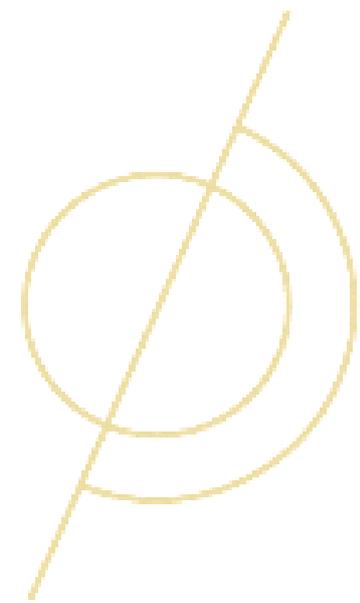


## TPX-BRIEFING 03/23

Im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung

AfD - antimuslimischer Rassismus – aktuelles Monitoring



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Forschungstransfer	3
3. Trendmonitoring Social Media	6
3.1 Religiös-Politische Instrumentalisierung von AMR	9
3.2 Türkei-Wahlen als Konfliktthema	9
3.3 LGBTQIA+ als Trendthema identitärer Islamismus	9
4. Empfehlungen für die Praxis	10
5. Sicherheitsbehördliche Erkenntnisse	12

## 1. Einleitung

22 %, 25 %, 35 %: Das sind die AfD-Ergebnisse des Wahlforschungsinstituts Infratest dimap zur Sonntagsfrage<sup>1</sup> in Thüringen in diesem Jahr – Tendenz steigend.<sup>2</sup> Mit der Wahl Robert Sesselmanns zum Landrat im thüringischen Landkreis Sonneberg konnte der rechtsextreme Landesverband erstmals den Posten eines obersten Kommunalbeamten eines Kreises besetzen. Bei der Stichwahl zum Landrat im Kreis Sonneberg votierten 52,8 % der Wähler\*innen für den AfD-Mann. Zur Wahl aufgerufen waren 19.278 Bürger\*innen von denen 59,6 % an der Wahl teilnahmen.<sup>3</sup>

Die Ursachenforschung liefert unterschiedlichste Erklärungsmuster und regionale Kontextfaktoren für eine polarisierende gesellschaftliche Entwicklung, die besonders im Osten der Republik mindestens demokratiegefährdend ist. „Rechtspopulistische Einstellungen sind unter Befragten, die in Ostdeutschland leben, signifikant weiterverbreitet als unter jenen, die im Westen leben“<sup>4</sup>, zeigt die neueste Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Laut dem Rechtsextremismusforscher Matthias Quent gibt es Stadtviertel und Schulen, in denen Rechtsextremismus Alltagskultur und dominant sei – in denen es sogar Hegemonieräume gäbe.<sup>5</sup>

Auch durch die Wahlerfolge der AfD herrsche laut Quent bei Teilen der Gesellschaft das Gefühl vor, jetzt endlich sagen zu dürfen, was man wolle oder sogar verpflichtet sei, handeln zu müssen. Prinzipiell „im Sinne“ der Strategie der

„Neuen Rechten“ den öffentlichen Diskurs immer weiter nach rechts zu verschieben.<sup>6</sup>

Das betrifft insbesondere ländliche Regionen in Ostdeutschland. Die Zivilgesellschaft fühlt sich dabei häufig nicht ausreichend geschützt. Die rechtsextremen Positionen stützen sich dabei auf Gegenbewegungen gegen Liberalisierungs- und Demokratisierungs-, und gegen Globalisierungsprozesse.<sup>7</sup> Ein beliebtes parteipolitisches Feindbild ist dabei Bündnis 90/die Grünen. Seitens der AfD wird gegen verschiedene Entwicklungen im Bereich von Klimaschutz, Gendermainstreaming oder im Bereich von Gleichberechtigung agiert. Immer dann, wenn es zu mehr Gleichberechtigung kommt, fühlen sich diejenigen, die von der Ungleichheit zuvor profitiert haben, in ihren Privilegien bedroht und schlagen in einer aggressiven und teils gewaltförmigen Art zurück.<sup>8</sup> Das ist bis in die gesellschaftliche Mitte hinein andockfähig. So, dass auch Bürger\*innen und Politiker\*innen der vermeintlichen „Mitte“ sich diesen Narrativen bedienen. Die AfD lockt u.a. das ehemalige CDU-Wähler\*innen-Milieu, endlich vermeintlich konservative Politik zu machen und versucht so, die Brandmauer zur CDU einzureißen. Das Votum für die AfD ist also weitaus komplexer als es mit einer Protestwahl erklärt werden könnte.

Wie oben schon angeschnitten, reichen in der Extremismusforschung die Erklärungsansätze für diese Entwicklung von dem „Parteiensystem Ostdeutschland sui generis“, über die

---

<sup>1</sup> die Sonntagsfrage aus der Wahlforschung ist die Abfrage der aktuellen Wahlabsicht und lautet:

„Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären?“

<sup>2</sup> Vgl. Wahlrecht.de e.V. (Hrsg.): Umfragen – Landtage Thüringen, in: <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm> (letzter Zugriff 31.07.2023).

<sup>3</sup> Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Landratswahl 2023 im Kreis Sonneberg - endgültiges Ergebnis, Erfurt 2023.

<sup>4</sup> Küpper, Beate; Zick, Andreas (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und

demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn 2023, S. 58.

<sup>5</sup> Vgl. Deutschlandfunk (Hrsg.): Rechtsextremistische Angriffe, in: <https://www.deutschlandfunk.de/uebergreif-in-brandenburg-interview-matthias-quent-rechtsextremismusforscher-dlf-117f22cc-100.html> (letzter Zugriff 4.8.2023)

<sup>6</sup> Vgl. Pfahl-Traugber, Armin: Die AfD – eine rechtsextremistische Partei?!? Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Sicht, 2017.

<sup>7</sup> Vgl. ebd.

<sup>8</sup> Vgl. ebd.

schwache und wenig geförderte Zivilgesellschaft, einer Bagatellisierung des Rechtsextremismus seitens der Politik bis hin zu multifaktoriellen soziologischen Erklärungsansätzen zur Entwertungsgefühlen. Letzterer Erklärungsansatz bezieht sich überwiegend auf die Erfahrung von Lohnungleichheit, einer kleinteiligen und altindustriellen Wirtschaftsstruktur in Ost-Deutschland und das Gefühl einer subjektiven Deprivation („anderen geht es besser und ich bekomme trotz harter Arbeit nicht den Wohlstand, der mir zusteht“).<sup>9</sup> Genau hier setzt die AfD mit ihrer Kommunikationsstrategie an und wertet beispielsweise die Bürger\*innen, die für solche Erzählungen empfänglich sind, als Deutsche und Angehörige einer Volksgemeinschaft auf. Die Strategien der AfD definieren die soziale Frage neu: „Der Konflikt [bestünde demnach nicht mehr] zwischen unten und oben, Arbeit und Kapital, sondern zwischen Innen und Außen. „Die Eindringlinge – Geflüchtete und andere Migranten – beanspruchen laut dieser Erzählung „unser Volksvermögen, die müssen raus!““<sup>10</sup>

Rechtsextreme Einstellungsmuster sind aber bei weitem kein explizites ostdeutsches Problem. Einstellungsmuster, wie Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder antimuslimischer Rassismus haben in ganz Deutschland Konjunktur und Kontinuität.<sup>11</sup>

Das geht u.a. aus dem Abschlussbericht „Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz“ des Bundesinnenministeriums hervor, der im nächsten Kapitel „Forschungstransfer“ vorgestellt wird. Kapitel 3 widmet sich dem Trendmonitoring zu Akteur\*innen, Narrativen und Mobilisierungsstrategien extremistischer Akteure im Netz. Der Prävention kommt hier eine besonders wichtige Aufgabe zu, weshalb ein phänomenübergreifender Ansatz bei dem Brückennarrativen und das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von Heitmeyer gerade bei politischen Bildungsprojekten berücksichtigt werden müssen.

Kapitel 4 skizziert daraus schlussfolgernd hilfreiche Handlungsempfehlungen für Praktiker\*innen aus der Extremismusprävention, bevor im letzten Kapitel 5 kurz die jüngsten Erkenntnisse aus den Sicherheitsbehörden systematisiert vorgestellt werden.

Insbesondere in der Rechtsextremismusprävention und der Region Thüringen analysiert das TPX aktuell Bedarfe und Anforderungen an die Praxis und unterstützt konkret die Projektentwicklung zur Online-Prävention in dieser Region. Weitere Engagements in der Projektentwicklung zur Demokratieförderung und Medienkompetenzentwicklung wurde bereits Anfang dieses Jahres als Leitplanken festgelegt

## 2. Forschungstransfer

### Muslimfeindlichkeit – [eine deutsche Bilanz](#) (Laufzeit 2020-2023)

Der unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) hat Erkenntnisse im Auftrag des Bundesinnenministeriums zu antimuslimischem Rassismus in Deutschland zusammengefasst. Grundlagen sind Daten aus wissenschaftlichen Studien (belastbare, renommierte Survey-Reihen), der polizeilichen Kriminalitätsstatistik sowie Dokumentationen von muslimfeindlichen Fällen seitens Antidiskriminierungsstellen und Beratungsorganisationen. Da

Teilbefunde in der rassismuskritischen Bildungsarbeit überwiegend schon bekannt sind, werden Erkenntnisse aus der Studie nur auszugsweise dargestellt. Dennoch muss auf die Dunkelfeldproblematik bei solchen Studien hingewiesen werden.

- Antimuslimischer Rassismus (AMR) ist kein Randphänomen, sondern auf sehr hohem Niveau in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet

---

<sup>9</sup> Vgl. Diekmann Florian: AfD-Erfolg im Osten, in: Der Spiegel Nr. 26/2023, S. 54 ff.

<sup>10</sup>Ebd.

<sup>11</sup> Vgl. ebd.

- etwa jede\*r zweite Deutsche stimmt muslimfeindlichen Aussagen zu
- Islam wird pauschal mit Gewalt, Extremismus und Rückständigkeit verknüpft und dementsprechend den Angehörigen der Religion eine Affinität zu Gewalt, Extremismus und patriarchalen Wertevorstellungen unterstellt<sup>12</sup>
- Personen, die in der 3. oder 4. Generation in Deutschland sozialisiert und aufgewachsen sind, berichten von häufiger und stärkerer Diskriminierung als Personen aus der ersten Einwanderungsgeneration
- viele Betroffene haben keine Kenntnis von Beratungs- und Unterstützungsangeboten
- komplexreduzierender und kulturalisierender Blick zeigt auch geschlechtsspezifische Zuschreibungen und Vorurteile (Mädchen seien unterdrückt / Jungen seien gewalttätig und misogyn)<sup>13</sup>
- Rassistisches Wissen zu Muslim\*innen wird auch über Bildungsmaterial vermittelt<sup>14</sup>
- Mediales, verzerrtes Negativbild von Muslim\*innen in den Massenmedien
- Ergebnisse der quantitativen Studien zeigen außerdem, dass Muslimfeindlichkeit mit anderen Formen der Menschenfeindlichkeit zusammenhängt.<sup>15</sup>

### 3. Trendmonitoring Social Media

Um präventiv auf eine islamistische Radikalisierung im Netz einwirken zu können, ist es für die Präventionsarbeit in der Praxis unabkömmlich, über aktuelle Kommunikationsstrategien, Argumentationsmuster und an Trendthemen in den Online-Medien up-to-date zu bleiben.

Im zweiten Quartal 2023 lassen sich die wichtigsten inhaltlichen Trends in den salafistischen/islamistischen Netzwerke wie folgt zusammenfassen: Islamfeindlichkeit, Türkeiwahlen und Pride Month. Neben diesen dominierenden Schwerpunkten konnte unser Monitoring weitere Themen identifizieren, die zwar

noch auf Kanälen mit geringerer Reichweite geteilt werden, aber durchaus ein gewisses Potenzial haben, von prominenten Akteuren aufgenommen zu werden. Dazu gehörten u.a. die gefangenen Frauen im irakischen Rusafa-Gefängnis unter den Hashtags #Rusafa oder #freeoursisters oder auch die juristische Verhandlung zum Vereinsverbots von Ansaar International e.V. in Leipzig. Einige Akteure (Muslim Interaktiv, Marcel Krass) aus der Szene haben durch Kampagnen versucht, auf die Gerichtsverhandlung aufmerksam zu machen und online zu mobilisieren. Ansaar International e.V. hatte gegen das Vereinsverbot geklagt.<sup>16</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz, Berlin 2023, S. 74.

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz, Berlin 2023, S. 166 ff.

<sup>14</sup> Vgl. ebd.

<sup>15</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz, Berlin 2023, S. 74.

<sup>16</sup> Vgl. Sachsen Fernsehen, Eva Kross: Fortsetzung der Verhandlung über das Verbot eines Salafisten-Vereins im Juli vom 30.06.2023

<https://www.sachsen-fernsehen.de/fortsetzung-der-verhandlung-ueber-das-verbot-eines-salafisten-vereins-im-juli-1386756/> (letzter Zugriff: 27.07.2023)

Themen	Netzwerke/ Akteur*innen	Narrative
<p><b>Islamfeindlichkeit in Deutschland</b></p> <p><b>#Kopftuch #Moschee #MuslimeIn-Deutschland #Islamhass #Rassismus</b></p>	<p>Identitäre islamistische Netzwerke:</p> <p>Realität Islam, Generation Islam und Muslim Interaktiv, DOAM</p>	<p>Opfernarrative und pauschale, verschwörungstheoretische Darstellungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Muslime und Muslimas werden systematisch diskriminiert“</li> <li>• „die Diskriminierung ist gesellschaftlich, aber auch politisch-staatlich getragen/gewollt“</li> <li>• „Muslime und Muslimas müssen sich zusammenschließen und ihre Identität vor der „Assimilationsagenda“ des Staates schützen“</li> <li>• „GI, RI, MI sind Sprachrohr für alle Muslime und Muslimas“</li> </ul>
<p><b>Wahlen in der Türkei.</b></p> <p><b>Theologische Haltung zu den Wahlen</b></p> <p><b>#Taghut #Erdoğan #Kalifat</b></p>	<p>salafistische Akteure aus dem DMG-Spektrum (Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V., Netzwerk rund um @abul.baraa_offiziell, @dab-bagh_hassan, @pierre_vogel_support, @abu_rumaisa, @amir_alkinani, @ibrahim.elazzazi etc.) und extremistisch-politische Salafisten aus der Nähe jihadistischer Netzwerke</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pro-Erdoğan-Salafisten/Islamisten: „Erdoğan das kleinere Übel“, „Erdoğan repräsentiert die Belange der Muslime“</li> <li>• Contra-Erdoğan: „Erdoğan ist ein Laizist“, „Wahlen sind Unglaube u. Taghut“</li> </ul>
<p><b>Queers und Pride month</b></p> <p><b>#Drags</b></p> <p><b>#Queers, #LgbTq #Queermuslim</b></p>	<p>insbesondere GI u. RI haben in dieser Phase mehrere Videos und viel Content dazu gepostet</p> <p>Vereinzelt auch einige salafistische Prediger/Akteure</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Es gibt eine staatlich getragene Agenda gegen Familie und Kinder“</li> <li>• „Kinder sind in den Schulen und Kindergärten gefährdet“</li> <li>• „Muslimische Queers sind keine Muslime“</li> <li>• „Wertediktatur“ – „politisches Aufzwingen von Homosexualität“</li> </ul>

### 3.1 Religiös-Politische Instrumentalisierung von antimuslimischem Rassismus

Gruppierungen, wie „Generation Islam“ (GI), „Realität Islam“ (RI) und „Muslim Interaktiv“ (MI) sind immer wieder darauf bedacht, Themen aus aktuellen News über Feindlichkeit, Rassismus und Islamphobie aufzugreifen und im Sinne ihrer islamistisch-politischen Ideologie zu framen. Kommunikationsstrategisch werden dabei folgende Ziele gefasst:

1) Reaktivierung von Opfernarrativen und Aufrechterhaltung einer bildsprachlichen Darstellung der Muslime und Muslimas als „ewige Opfer“ gesellschaftlicher und staatlicher Diskriminierung in Deutschland.

2) Die Selbstinszenierung als „investigative Aufklärer“ dieser systematischen Diskriminierung der Muslime und Muslimas.

3) Verschwörungsmythen zu streuen, wie z.B., dass es eine politische „Assimilationsagenda“ gäbe, die zum Ziel habe, die muslimische Menschen zu säkularisieren und einen sogenannten „liberalen Islam“ zu etablieren.

Deutlich wird diese Kommunikationsstrategie an den Beispielen aus Abbildung 1 und 2, die auf Instagram von RI und GI verbreitet wurden. Der Post "Islamfeindlicher Angriff auf eine 14-Jährige" wurde 1.299-mal gelikt und 60-mal kommentiert bzw. interagiert. In der Bildunterschrift geht RI nur kurz auf den Übergriff in der Stadt Meißen ein. Auffallend ist hier die Quellenangabe "focus.de", die dem Ganzen vermutlich eine gewisse Seriosität und Glaubhaftigkeit vermitteln soll. Dagegen wird in der weiteren Bildunterschrift der Vorfall als Indiz vermeintlich zunehmender staatlicher und gesellschaftlicher Islamfeindlichkeit dargestellt. Dabei werden teilweise populistische und pauschalisierende Erklärungen für solche Übergriffe geliefert. Angriffe gegen Muslime und Muslimas werden dabei als "natürliche Folge" der Politik skizziert. Ebenso werden deutsche Medien pauschal als Grund, für die Verbreitung und Verankerung von "Islamhass" und Hass auf den

Hijab dargestellt. Das zeigt sich insbesondere im GI-Kommentar zum Post zum vierzehnten Jahrestag der Ermordung von Marwa El-Sherbini, wo es heißt, dass der Täter sei von den „Medien indoktriniert worden“.<sup>17</sup>



Abbildung 1: Screenshot, Instagram von RI 19.05.23!

Abbildung 2: Screenshot, Instagram von GI, 01.07.23

In den Kommentaren zeigt sich die berechtigte Wut über solche Vorfälle aber zugleich auch die Selbstverortung einiger User\*innen in erster Linie als Angehörige der muslimischen Gemeinschaft, welches sich beispielweise in solchen Aussagen widerspiegelt: „Egal ob Kopftuch oder nicht, wie kann man einfach auf eine 14-jährige losgehen [...] möge Allah unsere Ummah vor allen grausamen Taten und Menschen beschützen.“<sup>18</sup>

Einige Follower\*innen haben wütende Kommentare verfasst, die dazu aufrufen, dass Muslime und Muslimas sich wehren müssten und dementsprechend auch anfangen sollten, Kampfsport zu betreiben.

<sup>17</sup> Kommentar von Generation Islam zum Post über „Marwa El-Sherbini“ vom 01.07.2023, Instagram-Kanal: <https://www.instagram.com/p/CuJo87vs4Gw/> [01.08.2023].

<sup>18</sup> Kommentar in der Kommentarspalte unter dem Post „Islamfeindlicher Angriff auf 14-jährige“, 19.05.23: <https://www.instagram.com/p/Csav4kHty6u/> [03.08.2023].

Auch wenn RI versucht, auf die Kommentare, die zur „Selbstverteidigung“ oder Gewalt aufzurufen, mit Beschwichtigung zu reagieren und sich gegen Gewalt ausspricht, wie z.B. hier: „Eine Veränderung der gesellschaftlichen Atmosphäre können wir nur durch intellektuelle Arbeit leisten,“<sup>19</sup>, sind solche pauschalisierende Opfernarrative und diese Art des Framings solcher Vorfälle im Online-Raum eine bewusste Mobilisierungsstrategie. Der Content, der auf solchen Kanälen verbreitet wird, bietet gerade jungen Menschen in der Adoleszenzphase und devianten Jugendlichen, welche Unmut und Aufgebrachtheit in Bezug auf bestimmte Themen spüren, schwarz-weiß Antworten auf Fragen und Ängste in Bezug auf das Leben als

Muslim oder Muslima in Deutschland. Es wird ein „[...] kulturalistisches Verständnis von Identität [...]“ propagiert, welches kontinuierlich verteidigt werden muss.<sup>20</sup> Online-Akteure wie RI oder GI bieten dafür ideologische Lösungen, in einer einfachen Sprache und in einer ansprechenden medialen Präsentationform.

Zielsetzung ist dabei ein prozesshaftes Umdenken hin zu einer panislamischen (islamistischen) Identität durchzusetzen über kulturelle und kommunikative Wege: „Sie versuchen Islamismus als einen zeitgemäßen Lebensstil zu vermitteln, der Herkunft, Religion und Popkultur vereint.“<sup>21</sup>

### 3.2 Türkei-Wahlen als Konfliktthema in der salafistischen Szene

Ebenfalls ein dominierendes Thema während des Erhebungszeitraums war auf vielen salafistischen Kanälen die Präsidentschaftswahl in der Türkei. Der überregionale Prediger Abedelilah Belatouani alias Abu Rumaisa gehört dabei zu den prominentesten Befürwortenden und Bewerbenden des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Abu Rumaisa gehört zu den Predigern der Braunschweiger DMG-Moschee und kann hier auf ein breites Netzwerk zurückgreifen.

Anfang Mai sprach sich Abu Rumaisa in seinem Instagram-Kanal für die religiöse Legitimation einer Wahlteilnahme aus und postulierte darüber hinaus ein Votum für Erdoğan als "muslimische Notwendigkeit". In einem Instagram-Video unter dem Titel „warum sollte ich Erdoğan wählen?“ gibt er eine politische und religiöse Antwort auf die Frage. Erdoğan wird als „Beschützer“ der muslimischen Flüchtlinge in der Türkei dargestellt. Er sei religiös fromm,

aber auch ein politischer Führer, der „die Türkei zu einem Vorbild der Muslime gemacht hat“.<sup>22</sup> Seine Haltung gegenüber Recep Tayyip Erdoğan ist ähnlich denen der Muslimbrüderschaft und ihren Anhänger\*innen. Abu Rumaisa wird in der Literatur und in den Sicherheitsberichten dem salafistischen Spektrum angerechnet wird. Aber solche inhaltlichen und theologischen Überlappungen zwischen dem aktivistisch-politischen Salafismus und dem legalistischen Islam (Muslimbrüderschaft) sind auch im deutschsprachigen Mainstream-Salafismus zu beobachten.

<sup>19</sup> Antwort von RI auf einen Kommentar in der Kommentarspalte zum Thema Selbstverteidigung, <https://www.instagram.com/p/Csav4kHty6u/>

<sup>20</sup> Fielitz, Maik / Kahl, Martin, Inszenieren und Mobilisieren: Zwischen Tastatur und Straße: Post-digitale Strategien und Praktiken desidentitären Rechtsextremismus und Islamismus im Vergleich, in: Ursula Birsl, Julian Junk, Martin Kahl, Robert

Pelzer (Hrsg.), Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog, 2022, S. 291.  
ebd., 2022, S.296

<sup>22</sup> Instagram-Video von Abedelilah Belatouani alias Abu Rumaisa zum Thema Erdogan-Wahl, „Warum sollte ich Erdogan wählen?“ <https://www.instagram.com/p/CsTvUeQpruN/> [28.07.2023].



Abbildung 3: Screenshot, Instagram von Abu Rumaisa, 05.23

Abbildung 4: Screenshot, Instagram von Abu Rumaisa, 05.23

Abbildung 3 zeigt Erdoğan zusammen mit sechs bekannten muslimischen Gelehrten<sup>23</sup> aus der arabischen Welt. Der Satz in arabischer Sprache bedeutet: „Die Gelehrten der Ummah rufen zur Wahl Erdoğan auf“. Abu Rumaisas Kommentar unter dem Post ist folgender: „66 große Gelehrte aus der islamischen Welt rufen dazu auf Erdoğan zu wählen. Ich bitte alle Geschwister Bittgebete zu machen für die Türkei und das Recep Tayyib Erdoğan wieder gewählt wird.“<sup>24</sup>

Die Werbung für Erdoğan bedient sich einer stark religiös-politischen Sprache. Es wird mit der Autorität von Islamgelehrten auch gegen muslimische Erdoğan-Kritiker argumentiert. Auch zum Thema Erdoğan und Türkeiwahlen werden verschwörungsmythologische Narrative reaktiviert. Der Westen – politisch, gesellschaftlich und medial – habe sich gegen die Interessen und Belange der Türkei und der muslimischen Welt verschworen. Erdoğan wird hier stellvertretend als Beschützer der Interessen und Sprecher der Muslime und Muslimas dargestellt. Dementsprechend wurde Erdoğan

Wiederwahl von Abu Rumaisa als Sieg der ganzen muslimischen Gemeinschaft und als Erniedrigung der „Kuffar“ (Ungläubige) gefeiert:

*„Ich freue mich, dass Erdoğan gewählt wurde weil sich die Muslime dafür freuen und weil die Feinde des Islam darauf gewartet haben, dass er und die Türkei verlieren (...) Wer sich die Berichterstattungen der Kuffar im Westen von gestern anschaut wird sehen, dass die Kuffar erniedrigt worden sind.“<sup>25</sup>*

Erdoğan hat aber nicht nur Fans und Fürsprecher in der salafistischen und islamistischen Szene. Gerade Online-Netzwerke auf TikTok und Instagram, die dem extremistisch-aktivistischen Salafismus zuzurechnen sind und eine ideologische Nähe zum militanten Salafismus haben, mobilisierten sich gegen die Teilnahme an den Wahlen in der Türkei und gegen Erdoğan.

Das Thema Türkeiwahlen hat die Konfliktlinien innerhalb der salafistischen Online-Szene in Deutschland gut verdeutlicht. Solche extremistischen Gruppierungen haben ihre Ablehnung dabei theologisch-ideologisch begründet, da 1) demokratische Strukturen / Praktiken (Wahlen) grundsätzlich Kufr seien 2) Erdoğan sei ein Taghut (Götzendiener), der den Laizismus und die Demokratie schütze 3) Erdoğan sei in dem Fall auch nicht das „kleinere Übel“, sondern ein viel größeres, der im Namen der muslimischen Gemeinschaft spricht, aber die Gesetze des Kufrs verfolge.

<sup>23</sup> Einige prominente Gelehrte aus der islamischen und arabischen Welt haben offiziell dazu aufgerufen, Erdoğan zu wählen, darunter waren auch bekannte Namen aus dem Spektrum der Muslimbrüderschaft.

Kommentar von Abu Rumaisa zum Sieg Erdoğan auf seinem Instagram-Kanal, 05/20  
<https://www.instagram.com/p/Cs0gTPZNhVp/>  
 [05.2023]

### 3.3 LGBTQIA+ als Trendthema identitärer Islamismus

LGBTQIA+, Drag, Transgender und queere Muslime und Muslimas sind weitere Themen, mit denen es viele Online-Prediger und -Netzwerke schaffen, auf eine breite und niederschwellige Weise und auch außerhalb der muslimischen Community, Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen. Der Pride Month im Juni trug dazu bei, dass das Thema besonders oft bei den bekannten großen Online-Akteuren mit Mainstreamdiskussionen, die auch außerhalb der muslimischen Online-Community für Furore gesorgt haben, wie z.B. Drag-Lesungen für Kindern und Drags in den Kindergärten, erreicht solcher Content auch User\*innen außerhalb der Community. Teilweise bedienen sich nichtmuslimische und muslimische queerfeindliche Personen im Netz einer ähnlichen Sprache. Zentral dabei sind:

- 1) die Angst der Auflösung der Familie im traditionellen Sinne
- 2) eine angebliche „Umerziehungsagenda“ der Kinder
- 3) globale Mächte und Handlanger würden hinter dieser Agenda stehen

GI hat auf ihren TikTok-Account beispielsweise ein Antwort-Video (14.03.2023) zum Thema Homosexualität angepinnt (fixiert). Das Video konnte 18.100 Likes und 778 Kommentare generieren und wurde 1205-mal geteilt und gehört somit zu den meist-gelikten Videos der Seite. Es handelt sich um einen kurzen

wie Projekt Muslima, GI, RI, MI<sup>26</sup> aber auch bei anderen Online-Predigern wie Ibrahim Al-Azazi trendete. Es wurde queer-feindlicher Content gepostet und das Thema LGBTQIA+ in Zusammenhang mit Diskriminierungsnarrative gegenüber muslimischen Menschen, denen angeblich Homosexualität auf unterschiedlichen Wegen aufgezwungen wird.

Videokommentar als Antwort auf den Influencer und TikToker Etrit Asllani @keinfakenews und sein zweiteiliges Video „Homosexualität im Tierreich“ (02.06.2022). Im Ursprungs-Video thematisiert Asllani homosexuelles Verhalten im Tierreich, um dagegen zu argumentieren, dass Homosexualität unnatürlich sei.<sup>27</sup>

Auf der GI-Seite wurde nur ein sehr kurzer Ausschnitt des Videos gezeigt und der GI-Influencer und Sprecher kommentiert das Video von @keinfakenews mit einem eigenen kurzen Kommentarvideo folgendes: „*Okay, sind wir jetzt Tiere?! Nur weil bei Tieren vermeintlich etwas natürlich ist, muss es nicht auch uns Menschen gelten! [...] Es gibt sogar Tiere, die fressen ihren eigenen Nachwuchs.*“<sup>28</sup>

Mit solchen allgemeinen und populistischen Kommentaren und Antworten, die keinen islamischen Bezug haben, erreichen solche Videos auch auf TikTok junge Menschen auch außerhalb der eigenen Community und generieren so, queerfeindliche Brückennarrative, wie einige Kommentare zeigen.

## 4. Empfehlungen für die Praxis

Die Trends der letzten drei Monate zeigen, dass islamistische und salafistische Online-Netzwerke und Akteuer\*innen sehr darauf bedacht sind, am Puls der Zeit zu bleiben, schnell auf brisante Themen zu reagieren und ideologisch zu reframe.

Inhalte, die sich mit antimuslimischem Rassismus beschäftigen, generieren viel Interaktion und Zuspruch. Gerade die großen Akteure im islamistischen Feld haben erkannt, wie groß der Bedarf junger Muslime und Muslimas ist, über solche Themen frei und offen zu schreiben.

<sup>26</sup> Generation Islam, Realität Islam, Muslim Interaktiv, Projekt Muslima,

<sup>27</sup> TikTok-Video von Etrit Asllani, @keinfakenews: „Homosexualität im Tierreich“ (02.06.2022),

<https://www.tiktok.com/@keinfakenews/video/7104543406298352902> [01.07.2023]

<sup>28</sup> Fußnote Konto nicht mehr aufrufbar | letzter Stand 03.08.2023 |

Zu den identitätspolitischen Themen bieten diese Gruppen niedrigschwellige Erzählungen und Argumente an, die auch von Menschen außerhalb der eigenen muslimischen Community Anknüpfungspotentiale haben, wie insbesondere das Thema LGBTQIA+. Ebenso nutzen sie die unterschiedlichen Plattformen, um den eigenen Content breit zu streuen. Der Content wird dabei ästhetisch, inhaltlich und technisch an den jeweiligen Plattformen angepasst.

Was heißt das für die Praxis?

- Antimuslimischer Rassismus ist in der Gesellschaft weit verbreitet und teilweise normalisiert. Auch unsere Beobachtungen des online-Feldes zeigen, dass islamfeindliche Narrative und Aussagen sich zunehmend in unterschiedlichen Kreisen etablieren
- die Praxis kann zum Thema viel Aufklärungsarbeit durch Content- und non-content-online-Streetwork leisten. Das Schaffen von „Safe Spaces“ im Online-Raum, in dem Muslime und Muslimas sich frei über Erfahrungen, Ängste und Gefühle austauschen können und wo

ihre Befürchtung ernst genommen werden, können wichtige Gegenstrategien sein

- Aufzeigen von Umgangsmöglichkeiten oder Tools, gegen Rassismus vorzugehen und mit Anfeindungen klarzukommen, um 1. nicht zu sehr in Opferstrukturen zu fallen und 2. nicht Gewalt o.ä. als Verteidigung in Betracht gezogen wird
- es ist wichtig, über die aktuellen Themen und Entwicklung innerhalb Deutschlands, aber auch weltweit auf dem neuesten Stand zu bleiben. Es braucht einen schnellen und kontinuierlichen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis
- hinzu kommt, dass laufende Schulungen der Praxis in inhaltlichen und methodischen Praktiken zur Erkennung populistischer und verschwörungstheoretischer Narrativen und Fakenews hilfreich sein können

## 5. Sicherheitsbehördliche Erkenntnisse

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat im Juni gemeinsam mit Innenministerin Nancy Faeser den [Verfassungsschutzbericht 2022](#) vorgestellt. Die Sicherheitsbehörde hat u.a. mehr politisch motivierte Straftaten im Rechtsextremismus festgestellt. Erstmals führt der Verfassungsschutz die AfD als Verdachtsfall mit Teilen der Mitgliedschaft auf.<sup>29</sup> Bevor weiter auf die sicherheitsbehördlichen Erkenntnisse eingegangen wird, muss auf die Definitionsproblematik zum Extremismusbegriff hingewiesen werden. Hier wird auf die einschlägige Fachliteratur verwiesen. Der amtliche, in den Sicherheitsbehörden verwendete Extremismusbegriff unterscheidet sich von dem in den Wissenschaften. Die Bewertung, ob eine Straftat als

politisch motiviert einzustufen ist, folgt von den Polizeien einem bundesweit angewandtem Definitionssystem des Bundeskriminalamtes. Kernelemente hier sind u.a. Hass- oder Vorurteils kriminalität und eine Orientierung einer Tat, die sich gegen die Elemente der FDGO richtet. Die behördliche Bewertung, ob eine Tat als extremistisch einzustufen ist, obliegt den Verfassungsschutzbehörden. Die Klassifizierung einer Tat als terroristisch orientiert sich dabei an der Norm des § 129 Strafgesetzbuch. Weitere Erkenntnisse des Lageberichtes sind:

- die größte Bedrohung für die deutsche Demokratie ist nach wie vor der Rechtsextremismus

---

<sup>29</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin 2023, S. 88 ff.

- besorgniserregend ist der Anstieg der rechtsextremistischen Straftaten
- auch im Personenpotenzial mit AfD deutlich gestiegen
- extremistische Strömungen innerhalb der AfD setzten sich immer weiter durch
- Gewaltbereitschaft wächst in gesamter Szene, insbesondere unter den sogenannten „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“

Rechtsextremisierungspotenzial <sup>1</sup>			
	2020	2021	2022
In Parteien	13.250	11.800	15.500
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	3.500	3.150	3.000
„DIE RECHTE“	550	500	450
„Der III. Weg“	600	650	700
Verdachtsfall „Alternative für Deutschland“ (AfD) <sup>2</sup>	-	-	10.200
Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien <sup>3</sup>	8.600	7.500	1.150
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen <sup>4</sup>	7.800	8.500	8.500
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial <sup>5</sup>	13.700	15.000	16.000
<b>Summe</b>	<b>34.750</b>	<b>35.300</b>	<b>40.000</b>
<b>Nach Abzug von Mehrfachzuordnungen</b>	<b>33.300</b>	<b>33.900</b>	<b>38.800</b>
<b>Davon gewaltorientierte Rechtsextremisten</b>	<b>13.300</b>	<b>13.500</b>	<b>14.000</b>

31

Abbildung 7: Personenpotential laut BfV im Rechtsextremismus (die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet).

Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang hält fest, dass „die Zahl gewaltorientierter Extremisten steigt. Zum Teil werden die Extremisten immer jünger. Sie sind weniger ideologisch festgelegt und basteln ihr Weltbild nach einem Baukastenprinzip mit Versatzstücken aus dem Internet zusammen.“<sup>30</sup>

Personenpotenzial Islamismus/islamistischer Terrorismus <sup>1</sup>			
Organisationen	2020	2021	2022
Salafistische Bestrebungen	12.150	11.900	11.000
„Islamischer Staat“ (IS) Kern-„al-Qaida“ „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM) „Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin“ (JNIM) „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) „Al-Shabab“	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA)	160	160	160
„Hizb Allah“	1.250	1.250	1.250
„Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS)	450	450	450
„Türkische Hizbullah“ (TH)	400	400	400
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	600	700	750
„Muslimbruderschaft“ (MB)/„Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG)	1.450	1.450	1.450
„Tablighi Jama'at“ (TJ)	650	550	550
„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH) und sonstiger schiitischer Extremismus	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Millî Görüş“-Bewegung und zugeordnete Vereinigungen	10.000	10.000	10.000
„Furkan Gemeinschaft“	400	400	400
„Kalifatsstaat“ <sup>2</sup>	-	700	700
Sonstige <sup>3</sup>	1.205	330	370

<sup>30</sup> Haldenwang, Thomas: Pressestatement zum Verfassungsschutzbericht 2022 auf der Bundespressekonferenz, Berlin 2023.

<sup>31</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin 2023, S. 51.

Abbildung 8: Personenpotential laut BfV (die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet)

Währenddessen warnen die Landesinnenminister in **Hamburg** und **Stuttgart** regional vor einem Erstarken der extremistisch-islamistischen Szene. Im Februar nahmen im Hamburger Kiez St. Georg ca. 3.500 Personen an einer von „Muslim Interaktiv“ organisierten Demonstration teil.<sup>33</sup> 82 % der islamistischen Szene in Hamburg werden als gewaltbereit kategorisiert.<sup>34</sup> Demgegenüber werden in Baden-Württemberg erstmals seit 2014 weniger Personen der salafistischen Szene zugerechnet, gleichzeitig vermerken die Sicherheitsbehörden wieder erstmals öffentlichkeitswirksame Vortragsveranstaltungen und „Street Da’wa“ durch Infostände in Fußgängerzonen.<sup>35</sup>

In Baden-Württemberg werden darüber hinaus zwei fundamentalistische christliche

Gemeinden wegen demokratiefeindlichen Äußerungen beobachtet. „Der hauptverantwortliche Prediger verbreitet – offline wie online – politische Inhalte und Positionen, die das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse sowie staatliche Repräsentanten und Institutionen in verfassungsfeindlicher Weise untergraben,“<sup>36</sup> erklärt die Präsidentin des LfV Beate Bube. Neben christlich-fundamentalistischen Verschwörungserzählungen, werden in den Predigten auch Narrativen prorussischer Desinformationskampagnen übernommen.<sup>37</sup> Zudem zählt Baden-Württemberg zum Schwerpunkt der sogenannten „Reichsbürger-Szene“. Regional auszeichnet ist hier die besonderes hohe Waffenaffinität der Reichsbürger in Süden der Republik.

<sup>32</sup>Vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin 2023, S. 187.

<sup>33</sup> Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Inneres und Sport (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022, Hamburg 2023, S. 37.

<sup>34</sup> Vgl. ebd. S. 30.

<sup>35</sup>Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2021, S. 117.

<sup>36</sup> Vgl. ebd. S. 77

<sup>37</sup> Vgl. ebd.

## Impressum

Herausgeber und Kontakt

**Thomasius Stiftung für internationale Bildung und Wissenschaft**

Hansaallee 247a

40549 Düsseldorf

Tel: +49 211 5202730

<https://tpx-institut.de/>

[info@thomasius-stiftung.de](mailto:info@thomasius-stiftung.de)

Amtsgericht Düsseldorf

RegisterNr.: HRB 85782

Das Thomasius Research Institute ist ein Institut der Thomasius-Stiftung. Die Thomasius-Stiftung für internationale Bildung und Wissenschaft gGmbH ist eine gemeinnützige Körperschaft. Die Veröffentlichung erfolgt im Kontext der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung der bundesweiten Präventionsprojekte Center for Education on Online Prevention in Social Networks (CEOPS) und Streetwork@online. Die Inhalte der Publikation werden allein von den AutorInnen erstellt und verantwortet.

### Autor\*innen:

Michael Bücken

Annika Scheeres

Samira Tabti

**Stand**

August 2023

